

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus für Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition ist abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche deutschen Verlage entgegen. Unser Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Einzelhefte 30,- M., per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M., Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30.

Die wichtigsten Anzeigenblätter über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Leertextspalten. Kleinanzeigen: Das jetzige Blatt 2,- M., jedes weitere Blatt 1,50 M. einschließlich Leertextspalten. Postfach 10011, Berlin. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das jetzige Blatt 1,50 M., jedes weitere Blatt 1,- M. Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Laßt Euch nicht provozieren!

In der „Roten Fahne“ wird die unverantwortliche Provokationstaktik fortgesetzt. In frevelhaftem Leichtsinne suchen die anonymen Drahtzieher die Arbeiter zu bewaffneten Aktionen zu verleiten und in ein abschließbares Abenteuer zu verwickeln. In Mitteldeutschland agitieren sie für den Generalfreistil und in Mansfeld ist es ihnen auch gelungen, einen Teil der Arbeiter zum Streik zu bringen.

Dieses Treiben ist Wahnsinn. Während in dem Aufruf die unbewaffneten Arbeiter aufgefordert werden, mit der Waffe in der Hand die Gegenrevolution niederzuschlagen, wird im Leitartikel zugegeben, daß keine „Rote Armee“ existiert. „Sie würde — heißt es da weiter — auch immer nur ein schwächliches Gebilde sein gegenüber der wohlorganisierten Kraft der Konterrevolution.“ Die Burschen wissen also, daß die Arbeiter waffenlos sind, sie erzählen selbst, daß die Gegenrevolution wohlorganisiert und wohlbewaffnet ist und in demselben Augenblick fordern sie die Arbeiter zum bewaffneten Kampf auf!

Das ist die Konfusion auf dem Gipfelpunkt! Das beweist nur, daß die Kommunisten mit ihrer Politik völlig fertig sind und deshalb noch den Verzweiflungstreik versuchen, ihre Partei zu retten, indem sie sinn- und zwecklos Arbeiterleben opfern. Zugleich zeigt es deutlich, daß die Kommunisten auf Druck von außen hin handeln. Der russische Bolschewismus ist trotz des militärischen Erfolges in sehr ungünstiger Lage. Er bedarf einer Stützung, deshalb soll in Deutschland wieder einmal gepufft werden. Die Aktion der Kommunisten ist Gelegenheitsmacherie für die Reaktion. Die Linksputschisten arbeiten den Rechtsputschisten in die Hände. Diesem tollen Gebahren muß die Arbeiterchaft geschlossen und einig entgegenzutreten. Es ist unverantwortlich, die deutsche Arbeiterbewegung einer blutigen Niederlage auszusetzen.

Die deutsche Arbeiterchaft ist aber sowohl besonnen als stark genug, um diese Aufgabe zu erfüllen. Jeder Arbeiter hat die Pflicht, diesem gewissenlosen Treiben entgegenzutreten. Die Kommunisten müssen wissen, daß sie völlig isoliert bleiben, daß sie auf keinerlei Unterstützung bei diesen von ihnen trivial eingeleiteten Aktionen

zu rechnen haben. Die Arbeiter dürfen sich jetzt nicht von den kommunistischen Agitatoren terrorisieren lassen, sie haben ihnen mit aller Energie und aller Bestimmtheit entgegenzutreten, keiner kommunistischen Parole darf Folge geleistet werden!

Wir verlangen aber auch von der Regierung mit aller Entschiedenheit, daß sie nicht Öl ins Feuer gießt und durch Verhaftungen, wie die des Kommunisten Griesland, Erregung schafft. Die Arbeiterschaft ist stark genug, mit den verrückten und unverantwortlichen kommunistischen Leitern allein fertig zu werden. Sie wird auch stets Kraft und Entschlossenheit aufbringen, um reaktionären Angriffen zu begegnen. Der Weg der Kommunisten aber führt ins Verderben.

Streik in Mansfeld

Wir haben schon gesagt, daß die mit vielem Tamtam angekündigten polizeilichen Maßnahmen im Regierungsbezirk Merseburg in der Arbeiterschaft Erregung verursachen und die kommunistische Streikparole begünstigen. Wolffs Bureau berichtet darüber:

Halle a. Saale, 21. März.

In der Nacht zum Sonnabend begann die vom Oberpräsidenten Härtling angekündigte polizeiliche Besetzung des Industrieviertels in der Regierungsbereich Merseburg. Daraufhin stellte die Mansfelder Arbeiterschaft der Schutzpolizei ein Ultimatum, das am Sonntag nachmittags 4 Uhr abließ. Da es nicht beantwortet wurde, schickte heute früh der General-Kreis ein, der sich nach den eingelaufenen Nachrichten immer mehr ausdehnt. Die Streikleitung ersah heute einen Aufmarsch, in dem die Besetzung durch die Schutzpolizei als Anfang der weißen Kampagne bezeichnet wird. Die Arbeiterschaft wird zum Generalfreistil aufgefordert, bis die Schutzpolizei völlig aus dem Bezirk zurückgezogen sei.

Eisleben, 21. März.

Das „Eislebener Tageblatt“ berichtet, zur heutigen Frühlicht seien die Besetzung nur teilweise eingefahren. Der Paul-, der Tithum- und der Hohenhallschaft werden voll eingefahren, Besetzung, auch die Heitshieder Werke sowie Wanzleben arbeiten.

So arbeiten sich polizeilicher Unverstand und kommunistische Verantwortungslosigkeit gegenseitig in die Hände. Die Arbeiterschaft darf sich dadurch nicht provozieren lassen und sich weder von der Polizei, noch von den Kommunisten ihre Taktik vorschreiben lassen.

Nach Cicotti sprach der Sozialist Treves, der ebenfalls die französische Politik auf das Schärfste geißelte. Er bellagte, daß Graf Storza sich vom Mythos der Wiedergutmachung habe blenden lassen. Die Wahrheit sei, daß die Rettung nur von gemeinsamer Arbeit kommen könne, gleichwie auch die Schuld am Kriege gemeinsam war. (Lebhafter Beifall der Sozialisten.) Man müsse überzeugt sein, daß Deutschland bezahle, was es bezahle könne. (Lärm auf der Rechten.) Cicotti rief der protestierenden Rechten zu: „Sie sagen das doch in den Wandergängen immer auch!“ Treves schloß: die Regierung glaubt eine Politik des Friedens zu verfolgen. Statt dessen beteiligt sie sich an einer wahren Politik des Krieges. Ehe es zu spät ist, müssen wir auf diese Gefahr hinweisen. Zwei Wählergruppen haben sich heute gegenüber. Auf der einen Seite die alte Entente, auf der anderen Seite die freie Entente Deutschland, England, Amerika. Wenn ihr das nicht begreift, so habt ihr aus dem Weltkrieg nichts gelernt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Die französischen Gewerkschaften und der Wiederaufbau

Paris, 21. März.

Die vom Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T.) einberufene Konferenz von Vertretern der Bevölkerung und der Behörden aus den verwüsteten Gebieten ist heute zusammengetreten. Die Begrüßungsansprache hielt der Gewerkschaftssekretär P a u r e n t. Der Bürgermeister von Lens, Abgeordneter Vallé, führte den Vorsitz. Er erklärte einleitend, die Unzufriedenheit der betroffenen Bevölkerung mit den bisherigen Maßnahmen der französischen Regierung sei groß. Als erster Redner sprach das Mitglied des Wirtschaftsrates der C. G. T. A g a s t e. Er berichtete über die Unterjochungen des Wirtschaftsrates, die auf eine starke Kritik der verschiedenen Schädensätze und ihrer Anwendung, der Hilflosigkeit, der man die einzelnen Geschädigten überlasse, hinauslaufen. Man müsse Arbeitsplätze, Material und Geld von denjenigen Ländern verlangen, die sie besitzen und dabei auf den jeweiligen Wechselkurs Rücksicht nehmen. Es sei eine Art von Oberkommissariat außerhalb der Regierung zu bilden, das mit den Unternehmern und der Arbeiterschaft den Wiederaufbau in seinem ganzen Umfang zu organisieren habe.

Der Pariser „Populaire“ teilt mit, daß er ab 8. April als Morgenszeitung und als Organ der alten sozialdemokratischen Partei erscheinen wird. Die Schriftleitung übernehmen Jean Blum und Jean Languet.

Die Abstimmung in Oberschlesien

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Op. Steinwiz, 21. März.

Aus den Kreisen der Interalliierten Kommission werden folgende vorläufige Ergebnisse mitgeteilt:

Kreis Beuthen 19 Gemeinden für Polen, 6 Gemeinden für Deutschland. Der Kreis hat mit der Stadt Beuthen eine absolute Majorität für Polen, etwa 52 Prozent.

Kreis Hindenburg 11 Gemeinden für Polen, 4 Gemeinden für Deutschland. Dadurch, daß die Stadt Hindenburg eine beträchtliche deutsche Mehrheit aufweist, hat der Kreis Hindenburg eine Mehrheit für Deutschland ergeben.

Tarnowitz mit Stadt hat eine Mehrheit von 80 Prozent für Polen, Pleß mit Stadt 80 Prozent für Polen, Gleiwitz mit Stadtbezirk 65 Prozent für Polen an Stimmen abgegeben. Im Kreis Lublitz hat etwa die Hälfte für Deutschland und die andere Hälfte für Polen gestimmt. Ein ähnliches Ergebnis dürfte der Kreis Kosenberg aufweisen.

Die Stadt Königsbrunn, die einen eigenen Kreis bildet, hat 25 Prozent für Polen und 75 Prozent für Deutschland aufgewiesen. Ratibor mit Stadt etwa 46 Prozent für Deutschland und 54 Prozent für Polen. Rosel mit Stadt etwa 75 Prozent für Deutschland und 25 Prozent für Polen.

Beobachtet deutsche Mehrheit, Oberglogau deutsche Mehrheit, Groß-Strehlitz 36 Prozent für Deutschland und 70 Prozent für Polen, Oppeln-Stadt deutsche Mehrheit, Oppeln-Landkreis eine überwiegende polnische Mehrheit, Kattowitz-Kreis: die Stadt hat vorwiegend deutsch gewählt, das Land dagegen weist eine große polnische Mehrheit auf, im ganzen Kreis haben etwa 25 Prozent für Deutschland und 75 Prozent polnisch gewählt. Kreis Rybnik 20 Prozent für Deutschland und 80 Prozent für Polen.

Es hat keinen Zweck, sich einer Täuschung hinzugeben. Die Abstimmung hat in wichtigen Teilen Oberschlesiens für Polen und gegen Deutschland entschieden. Oberschlesien, als Ganzes gesehen, hat eine deutsche Mehrheit gebracht, in dem Industrievier jedoch hat die Mehrheit der Bevölkerung gegen Deutschland gestimmt. Welche Folgerungen aus diesem Ergebnis zu ziehen sind, wird später zu sagen sein. Zuerst müssen aber die Ursachen dieses für Deutschland zweifellos ungünstigen Ergebnisses dargelegt werden. Und diese Ursachen sind nicht geringen und geistigen Ursprungs, sie reichen zurück in jene schuldbeladene Vergangenheit, in der die Gewalt der Höhe war, den die offizielle Politik feierte und die uns den Haß und die Verachtung fast der ganzen Welt eingebracht hat.

Oberschlesien hat bis vor kurzer Zeit keine eigentlichen nationalen Gegensätze gehabt; die Bevölkerung sprach deutsch und polnisch, von einer besonderen Zuneigung zu Polen war keine Rede. Während Polen und Westpreußen schon längst ihre polnische Bewegung hatten, lag die ober-schlesische Bevölkerung noch in den Banden, die ihr Kapital und Kirche angelegt hatten. Vor dieser Unbill machte aber die habsburgische Bewegung nicht Halt. Es durfte keine zweisprachige Bewegung mehr geben, alles Polnische sollte mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Das schuf den Boden für die großpolnische Propaganda.

Nach dem November-Zusammenbruch schien auch für Oberschlesien eine neue Zeit, eine Zeit der Freiheit angebrochen zu sein. Zwei Bevölkerungsschichten waren hier von jeher besonders stark bedrängt, die Arbeiter und die Landproletarier. Hier hätte sich eine besonders günstige Gelegenheit geboten, nicht nur das soziale, sondern auch das nationale Problem zu lösen. Dem Großkapital und dem Großgrundbesitz müßten die Privilegien entzogen und die Forderungen der werktätigen Bevölkerung erfüllt werden, soweit sich das im Rahmen der sozialistischen Grundzüge überhaupt ermöglichen ließ. Die Demokratie mußte auf breiterer Grundlage durchgeführt, das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung in den Schulen, Erziehung und Verwaltung hergestellt werden. Nichts von alledem geschah. Noch schneller und gründlicher als im übrigen Deutschland wurden in Oberschlesien die alten Privilegien der bestehenden Kreise wieder erneuert, von den Zielen der arbeitenden Bevölkerung nach wirtschaftlicher und politischer Befreiung ging nichts in Erfüllung. Der preussische Leutnant, der preussische Landrat und der preussische Hafenkreuzer nahmen wieder Besitz von dem Lande. Fürstling, der Vertreter der Rasse-Politik in Oberschlesien, ließ die Grubenarbeiter mit Gummiknüppeln und Maschinengewehren zur Arbeit antreiben.

So mußte der Boden für die polnische Agitation bereitet werden, und so ergab sich für den polnischen Nationalismus die günstige Gelegenheit, die großen Gegensätze für seine besonderen Zwecke umzumünzen. Wenn Oberschlesien für Deutschland gerettet werden sollte, so mußte die deutsche Agitation von vornherein darauf angelegt sein, die nationalen Gegensätze zu mildern. Das hieß aber zugleich die Forderungen des Klassenkampfes wenigstens zum Teil erfüllen. Man ignorierte, so mußte er mit der Sozialistenführung der Großindustrie begonnen werden. Wenn irgendwo, so war hier die Gelegenheit, den Teufelskreis seines Besitzes zu entlocken, ihn in die Abhängigkeit der Allgemeinheit zu überführen und zugleich die Bedürfnisse des Landproletariats zu befriedigen. Davon aber geschah nichts, es langte

Italien und die Londoner Konferenz

Wiedergutmachungsdebatte in der italienischen Kammer

In der italienischen Kammer wurden in den letzten Tagen nach einem Bericht des Ministers des Aeußeren, Grafen Storza, die Londoner Verhandlungen über die Wiedergutmachung besprochen. Graf Storza lehnte sich in seinen Darlegungen im wesentlichen an die Ausführungen Briand und Lloyd Georges an. Er schilderte den bereits bekannten tatsächlichen Verlauf der Londoner Konferenz und betonte, daß er und Schachtminister Reda, der andere italienische Vertreter immer und in allem einer Meinung gewesen seien und alles getan hätten, um die Verhandlung glücken zu lassen. Alles sei gescheitert an den neuen deutschen Vorschlägen, die nicht viel annehmbarer als die ersten gewesen seien. Infolge der sehr verständlichen Gefühle Frankreichs, das bisher nicht einmal in Worten eine aufrichtige Abtötung des Feindes von gestern sah, die schredlich verwüsteten Departements wieder aufzubauen, angesichts der besonderen politischen und wirtschaftlichen Erwägungen in England und Schlesiens und vor allem infolge des schlechten Willens Deutschlands, lähmenen militärische und wirtschaftliche Zwangsmassnahmen unvermeidlich.

Ueber die Verhandlungen für ein Handelsabkommen mit Rußland äußerte Graf Storza, daß diese beendet seien und die Regierung rechne damit, es bald mit dem in Rom eingetroffenen russischen Handelsdelegationen zu unterzeichnen. Es handle sich dabei nicht nur um ein reines Handelsabkommen, sondern auch um ein Sonderabkommen über die Versorgung mit Rohstoffen und eine Garantie für die italienische Ausfuhr.

In der sich anschließenden Debatte gingen besonders die Vertreter der sozialistischen Partei mit der Politik der Entente scharf ins Gericht. Nach einem römischen Telegramm des „Berliner Tageblatt“ sagte der sozialistische Abgeordnete Cicotti u. a.: Was Frankreich betreffe, so wolle es eine dauernde Besetzung deutschen Gebietes, um Deutschland zur Rolle, wie einst Bosnien und der Herzegowina spielten, herabzubringen. Dies sei auch der Grund dafür, daß Frankreich jetzt Deutschland über Oberschlesiens zu berauben luche. Unter dem Beifall der äußersten Linken brandmarkte Cicotti das „insolente“, herausfordernde Treiben des französischen Militarismus gegen Deutschland. Die Entente habe in London nicht den Frieden vorbereitet, sondern Keime neuer Kriege ausgestreut. Italien habe aber Interesse an der wirtschaftlichen und politischen Wiederherstellung Deutschlands. Die Ausfuhrverbote von fünfzig Prozent treffe nicht Deutschland, wohl aber Italien, das deutsche Waren einführen müsse, um dem Land der englischen und französischen Produkte zu entgehen.

nur zu inhaltlosen Erklärungen der Jeschabarone und Agrarmagnaten, wozu sie ihre „Treue zur deutschen Sache“ beteuerten. An Stelle dessen wurde der nationalsozialistische Propaganda der weiteste Spielraum gelassen, die nationalen Gegensätze wurden bis aufs Äußerste zugepöbel.

Die polnische Agitation hat außerordentlich geschickt die Schwächen der deutschen Propaganda erkannt und mit ihrer Ausbeutung große Erfolge erzielt. Die polnische Propaganda war zwar außerordentlich demagogisch, aber sie war doch ebenso geschickt wie wirksam. Sie stellte es so dar, als ob die Massen des ländlichen und des Grubenproletariats von dem Anschluß an Polen eine Befreiung von ihren Leiden erhoffen könnten.

Was soll nun werden? Die Interalliierte Kommission wird auf Grund des Abstimmungsergebnisses, das im ganzen für Deutschland eine Mehrheit ergeben hat, ihre Vorschläge ausarbeiten und die Alliierten werden dann endgültig die Entscheidung fällen. Bis es dahin kommt, werden noch mehrere Monate vergehen. Es muß verlangt werden, daß die Entscheidung nicht nach nationalen und politischen, sondern lediglich nach wirtschaftlichen Grundsätzen gefällt wird. Deutschland und Polen sind aufeinander angewiesen. Beide Länder müssen so schnell wie irgend möglich zu einem heile Teile möglichst befriedigenden Ausgleich kommen. Die oberste politische Frage muß so entschieden werden, daß weder hien oder drüben ein Stachel zurückbleibt.

Die Reichskonferenz der USPD.

Die Reichskonferenz unserer Partei hat ihre Arbeiten am Sonntag und Montag erfolgreich erledigt. Wir werden auf diese Tagung noch ausführlich zurückkommen, und der „Vorwärts“, der von einer Geheimkonferenz leitet, kann versichert sein, daß diese Berichte sehr viel inhaltsreicher sein werden, als die mageren Mitteilungen über die Verhandlungen des rechtssozialistischen Parteilandschaftes.

In einer gründlichen Aussprache über die gegenwärtige politische Situation und die nächsten tatsächlichen Maßnahmen kam die innere Kraft und die Geschlossenheit unserer Partei zum Ausdruck. Die Krise, die durch Halle erzeugt worden war, ist überwunden, und allerwärts arbeiten die Genossen zuverlässig an dem Ausbau unserer Organisation. Für diese Organisationsarbeit wurde eine Reihe praktischer Anregungen gegeben. Referate über die Landespolitik und die Steuerpolitik in den Gemeinden zeigten die Aufgaben, die unseren Vertretern in den Gemeinden und Landtagen gestellt sind.

So hatte die Reichskonferenz einen reichen Arbeitsstoff zu erledigen. Die Genossen aus den einzelnen Bezirken konnten ihre Erfahrungen austauschen und jeder vermochte sich einen Überblick über den allgemeinen Stand unserer Bewegung zu verschaffen. Die Teilnehmer der Konferenz waren sich vollkommen darüber im klaren, daß die schwierige Situation und die großen Aufgaben unserer Partei nur ein neuer Ansporn sein können, mit verdoppelter Energie die Arbeit aufzunehmen. Sie gingen mit dem Gelübde auseinander, alle Kräfte und Fähigkeiten für unsere Bewegung im Interesse des Proletariats einzusetzen.

Eine Mahnung der Entente

Der Vorsitzende der Interalliierten Militär-Kontrollkommission, General Kollert, hat eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet, in der er darauf hinweist, daß die Deutsche Regierung durch die Pariser Beschlüsse vom 29. Januar aufgefordert worden sei, bis zum 15. März das neue Wehrgesetz zu veröffentlichen und ein Gesetz über die Auflösung aller Selbstschutzorganisationen zu erlassen. General Kollert nimmt bemerkt, daß beides bis zum 17. März noch nicht geschehen sei und befehlt erneut auf schnelle Durchführung der Pariser Forderungen.

Das neue Wehrgesetz, sowie ein Gesetz zur Ausführung der Artikel 177 und 178 des Vertrags von Versailles ist in den letzten Tagen verabschiedet worden.

Staatlich konzessionierte Steuerhinterziehung

Eine Lücke in der Finanzgesetzgebung

Uns wird geschrieben: „Die Finanzlage des Reichs, die bei den gegebenen Verhältnissen einer näheren Darlegung nicht bedarf, zwingt dazu, zur Deckung des unabweislichen Geldbedarfs der nächsten Zeit, neue Einnahmen zu beschaffen.“

So heißt es in der Begründung des Gesetzesentwurfs zur Verwirklichung der Zuckersteuer, wie er dieser Tage von der Regierung dem Reichstag vorgelegt worden ist. Dieser Satz der Begründung dürfte auf keiner Seite einer Opposition begegnen; denn die Schulden des Reichs haben sich ja in der Tat zu einer Pyramide von schwindelhafter Höhe ausgewachsen. Reichsfinanzminister Dr. Wirth besitzerte sie erst vor kurzem mit 300 Milliarden, monon nur 55.8 Milliarden, alle übrigen Schwelend sind. Dieses Riesendefizit des deutschen Haushaltsplans wird vom 1. Mai ab in, wenn auch bisher noch unbekanntem, so aber jedenfalls ungeheuerlichem Maße durch die jährlichen Milliardenleistungen an die Entente für die sogenannte Wiedergutmachung vermehrt worden, und so ist es verständlich, daß die Reichsregierung nach neuen Einnahmequellen Ausschau hält, wie auf sinkendem Schiff der Seemann nach Rettung.

Hat man aber glücklich eine neue Steuer gefunden, so bleibt ihre Einziehung noch immer ein forgenossenes Problem für den Finanzminister. Denn was nützt die schönste Steuer, wenn sie hinterzogen wird? Unter diesem Gesichtspunkt ist keineswegs das vielbekämpfte Gesetz über die Aufhebung des Bankgeheimnisses entstanden. Aber wie so oft, hat man auch hier wieder nur halbe Arbeit getan. Man hat zwar die Banken verpflichtet, den Finanzämtern zum Zweck der steuerlichen Erfassung die Höhe der Konten ihrer Kunden mitzuteilen, — hat dabei jedoch — unglücklich, aber wahr! — etwas anderes, höchst Wichtiges, völlig übersehen: die vermietbaren Stahlfächer oder Safes. Bekanntlich vermieten die großen deutschen Banken Stahlfächer zu dem mäßigen Preise von 25 bis 50 Mark jährlich; die Fächer stehen unter dem eigenen Verschluß des Mieters und können nur geöffnet oder geschlossen werden, wenn die Bank mit einem besonderen Schlüssel gleichzeitig mitwirkt. Die Hauptsache aber ist, daß — wie die Banken jedem, der es wissen will, mitteilen — die Vorlegung eines Verzeichnisses über den Inhalt des Stahlfachs der Bank gegenüber nicht erforderlich ist und auch keine Kapitalprüfung erfolgt. Mit anderen Worten: der Bankkunde kann in seinem Stahlfach aufbewahren und verschleiern, was er will. Es geht niemandem etwas an, was der Steuerbehörde nicht. Denn die Aufhebung des Bankgeheimnisses bezieht sich ja nur auf das Bankkonto.

Das Stahlfach stellt also vom Standpunkt gewisser Leute aus eine ideale Einrichtung dar, vor der der Zwang zur Steuerhinterziehung Halt macht und sie zur Steuerhinterziehung geradezu ermuntert. Für Nachkriegsgewinnler und sonstige Leichtverdiener ist es ja entschieden rentabler, einen kleinen Jahreszins bei der

Aufbewahrung von Bargeld mit in Kauf zu nehmen, als die mehr oder weniger erhabenen Profite um die hohen Beschl., Kapitalertrags-, Einkommen-, Wertzuwachs- und sonstigen Steuern zu verringern. So stellt denn diese phantastische Lücke in unserer Steuergesetzgebung geradezu eine Prämie auf Kapitalflucht und Steuerfahrlässigkeit dar. In der Tat erfreut sich denn auch die praktische Einrichtung der billigen und diskreten Stahlfächer in diesen Kreisen bereits der größten Beliebtheit; überall in Repplokalen oder etwa auf der Elektrischen kann man Gespräche in diesem Sinne belauschen. Einer sagt's und empfiehlt ihn dem andern, den Steuer- und steuerlicheren Geldschrank. Probatum est . . .

Man hat es auch hier wieder einmal mit einer merkwürdigen Auffassung von steuerlicher Gerechtigkeit zu tun. Auf der einen Seite weist die Steuerbehörde zahlungsfähigen, aber nicht eben steuerfreudigen Interessenten direkt einen Weg zur abgabefreien „Erhaltung“ ihrer Kapitalien, andererseits wird das vielfach kaum das Existenzminimum erreichende Einkommen des Festbesoldeuten durch Lohnabzug und ähnliche menschenfreundliche Einrichtungen auf Heller und Pfennig „erfaßt“ oder der bescheidene, damals in Kriegsanleihe fürs Vaterland angelegte Sparzettel des Mittelstandes peinlich genau besteuert. Die kleinen Döbse hängt man, die großen läßt man laufen . . .

Zugegeben, der Staat braucht Geld in ungeheuren Mengen. Er möge es sich dort suchen und holen, wo es wirklich zu finden ist. Ein Mid in die verschwiegenen Stahlfächer der deutschen Banken bei Herrn Dr. Wirth und den parlamentarischen Gesetzgebern dringend empfohlen.

Scheidemanns Zusammenbruch

Bekanntlich hat auch Scheidemann seine Kriegs- und Resolutionserinnerungen in einem Buch herausgegeben. Es ist nicht ganz ohne Interesse, das Urteil des bürgerlichen Demokraten G. v. Gerlach über dieses Buch zu hören. Gerlach schreibt mörtlich in der neuesten Nummer der „Welt am Montag“:

„Ich las in diesen Tagen Scheidemanns „Zusammenbruch“ und muß sagen: die sozialistische Kriegspolitik ist nach dem authentischen Zeugnis dieses ihres Vorkämpfers noch schlimmer gewesen, als sie nach außen in die Erscheinung trat. Ich mühte mich, daß Scheidemanns Reden der Regierung Wilhelm II. im allgemeinen überaus angenehm waren. Aber daß es sich oft um ein bis ins einzelne abgeklärtes Spiel zwischen Bethmann und Scheidemann (wie einst zwischen Bülow und Bassermann!) gehandelt hat, das habe ich erst durch Scheidemann selbst erfahren. Der in tatsächlichen Fragen oft so bewundernswert klare Mann hat durch kein Buch, wohl aus dem Dünkel heraus, seine Rolle in voller Größe erkennen zu lassen, seiner Partei und vor allem sich selbst einen richtigen Vordienst geleistet.“

Neben dem Zusammenbruch der wilhelminischen Politik ist es also zuletzt der Zusammenbruch Scheidemanns und seiner Politik, der in diesem Buche von Scheidemann so offen wie unfehlbar dargestellt wird. Diese Seite des Zusammenbruchs geschieht freilich Scheidemann nicht ein, was noch verhängnisvoller ist.

Die belgischen Sozialisten und die Sanktionen

Brüssel, 21. März.

Mit Bezug auf die Vorwürfe, die der „Vorwärts“ den belgischen sozialistischen Ministern wegen ihrer Haltung gegenüber den Londoner Beschlüssen machte, erklärt Vandervelde in einem Gespräch mit einem Vertreter des „Peuple“, die deutschen Vorschläge in London seien wirklich unannehmbar gewesen und auch der zweite Vorschlag habe wegen der oberhalbbedingten Bedingung zu keinen Unterhandlungen führen können. Die sozialistischen Minister hätten daher nicht anders handeln können als die belgischen Delegierten. Der „Vorwärts“ vergesse, daß Belgien ein Recht auf Wiederherstellung durch Deutschland habe, das eine Ehrenschuld Deutschlands sei und daß die belgischen Delegierten ihrem Lande unübersehbaren Schaden zugefügt hätten, wenn sie angesichts des offenbar schlechten Willens der deutschen Delegation sich von Frankreich und England getrennt hätten. Andererseits halte er dafür, daß die Strafmaßnahmen nur vorübergehend sein dürften, da sie anders nicht nur für Deutschland, sondern auch für Belgien die schlimmsten Folgen haben würden. Alle belgischen Sozialisten seien energische Gegner einer Politik, die die militärische Beziehung auf das Ruhrgebiet ausdehne, eine bleibende Zollgrenze zwischen dem Rhein und dem übrigen Deutschland errichte und Handelszölle nehmen wolle. Der Zweck der Strafmaßnahmen dürfe nur sein, so schnell als möglich zu einer Verständigung zu gelangen, die einerseits der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, andererseits dem ungeheuren Schaden, den Frankreich und Belgien erlitten haben, Rechnung trägt.

Aus den Äußerungen Vanderveldes hört man die Verlegenheit heraus, die Gewaltpolitik der Entente mit der Haltung der sozialistischen Mitglieder des belgischen Kabinetts in Einklang bringen zu müssen. Daß aber der Standpunkt Vanderveldes keineswegs der der gesamten belgischen Partei ist, geht aus den Äußerungen hervor, die einer der Führer der belgischen Opposition De Broekere im „Peuple“ macht. Er bezeichnet zunächst die Anwendung der Zwangsmassnahmen gegen Deutschland für Belgien als ein „sehr schlechtes Geschäft“ und fährt dann fort:

Sie ist weiter eine edelste Außerachtlassung der Bestimmungen des Versailler Friedens, welcher loyal ausgelegt, sie nicht zuläßt. Wenn wir ein feierlich gegebenes Wort außer acht lassen, verzichten wir damit auf eine wesentliche Waffe gegenüber Deutschland, nämlich auf das Bemühen, in unsere ngutem Recht zu sein. Das gleiche gilt für die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein. Diese ist zwar im Friedensvertrag vorgesehen, aber ausschließlich soweit sie durch das Interesse der rheinischen Bevölkerung bedingt wird. Wie kann man ohne offensbare Heuchelei dieser Maßnahme zugleich das Aussehen einer Strafe ebenso wie einer Schutzmaßnahme geben?

De Broekere warnt daher, sich unvorsichtig zu engagieren und hofft, daß das Parlament seinen Willen in dieser Richtung ausdrücken wird. Er lenkt hierauf ganz besonders die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Partei. Der Standpunkt sei heute noch erreichbar, dieselbe herbeizuführen sei mehr als je Pflicht der Arbeiterorganisationen. — Diese Stimme klingt schon erhaben anders als die Vanderveldes, der es mit dem Namen eines Sozialisten vereinbarlich hält, den Sanktionen seine Zustimmung zu erteilen. Hoffentlich fördert diese Selbstentblödung des Führers der belgischen Sozialisten jenen Klärungsprozess, der sich seit einiger Zeit auch in der belgischen Partei bemerkbar macht. Die belgischen Arbeiter müssen endlich einsehen, daß sie, ungeachtet aller lokalen Ertrugenschaften und der vorübergehenden Verbesserung ihrer Lebenslage ihre eigene Zukunft ebenso gefährden, wie den Gedanken des internationalen Sozialismus. Solange Leute vom Schlage Vanderveldes als maßgebende Wortführer des belgischen Proletariats auftreten dürfen, bildet dieses ein Hemmnis auf dem Wege des internationalen Zusammenchlusses des Proletariats.

Der neue Kurs der bolschewistischen Bauernpolitik

D.E. Riga, 21. März.

Der in Moskau tagende 10. kommunistische Parteikongreß hat auf Grund des, wie gemeldet, von Lenin gestellten und begründeten Antrags eine wichtige Entscheidung gefaßt, welche die vorhergehenden Zugeständnisse an die privatwirtschaftlichen Bedürfnisse des Bauerntums formuliert und einen wesentlichen Umkehrpunkt in der bisherigen Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung einleitet.

Auf Grund dieser Entscheidung wird das bisherige Ablieferungsverfahren, welches zur Versorgung des Staates mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Futtermitteln eine jährlich wechselnde und deshalb unbegrenzte Veranlagung vorjah, abgeleitet und durch eine feste Naturalsteuer ersetzt. Diese Naturalsteuer soll geringer sein als das Quantum landwirtschaftlicher Erzeugnisse, das bisher von den Bauern auf Grund der Ablieferungsaktion geliefert worden ist. Unmittelbare Bauern können von der Naturalsteuer ganz befreit werden. Die Festsetzung der Höhe der Naturalsteuer soll an Ort und Stelle unter Teilnahme lokaler Bauernorganisationen stattfinden. Alle Vorräte an Lebensmitteln und Rohstoffen, die den Bauern nach Leistung der Naturalsteuer verbleiben, können von ihnen in beliebiger Weise vermerzt werden, sowohl zur Verbesserung der eigenen Ernährung als auch zum Austausch und Export von Industrieprodukten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß hiermit ein wesentlicher Schritt zur Freigabe des Handels geschieht. Die Wichtigkeit dieser Wendung wird noch besonders dadurch unterstrichen, daß bis kurz vor dem Aufstade und besonders auf dem 8. Sowjetkongreß im Dezember alle Vorschläge gleicher Art, welche damals aufstiegen, von den Vertretern der Sowjetregierung, als das bolschewistische Wirtschaftssystem erschütternd, aufs Entschiedenste abgelehnt worden sind. Der Kongreß hat das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei beauftragt, gemeinsam mit dem Rat der Volkskommissare in kürzester Frist noch vor Beginn der neuen Saatperiode das Gesetz über die Naturalsteuer durchzuführen.

Der Kongreß hat ferner den auf dem Grundsatze der Ablieferung beruhenden Beschluß des 9. kommunistischen Parteikongresses über die Genossenschaften aufgehoben und dem Zentralkomitee die Ausarbeitung neuer, eine erweiterte Tätigkeit der Genossenschaften gewährleistenden Maßnahmen übertragen.

Wir haben bereits im Anschluß an die Rede Lenins auf die grundlegenden Änderungen in der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung hingewiesen, die in Verbindung mit dem neuen Kurs in der russischen Bauernpolitik eintreten müssen. Die deutsche kommunistische Presse bemüht sich zwar krampfhaft, den wahren Sachverhalt zu verschleiern und ihren Lesern einzureden, daß die Kongressionen an die Bauernschaft, die Einführung des freien Handels usw. eine Stärkung der „kommunistischen Wirtschaftsordnung“ in Sowjet-Rußland bedeuten. Aber nur ganz naive Leute werden diesen Zusicherungen Glauben schenken, die einzig und allein den Zweck verfolgen, jene Illusion zu erhalten, die die Kommunisten seit Jahr und Tag über die Verhältnisse in Sowjet-Rußland genährt haben.

Berworflich war bei dieser Illusionspolitik nicht nur die Schaffung völlig falscher Vorstellungen über das angeblich kommunistische Sowjet-Rußland, die notwendigweise zu tiefen Enttäuschungen und Rückschlägen in der europäischen Arbeiterklasse führen müssen, verwerflich und unheilvoll in ihren Wirkungen war auch die Förderung jener utopischen, mit den wirklichen Interessen der Revolution im Widerspruch stehenden Wirtschaftspolitik der russischen Bolschewisten, die sich den Forderungen der ökonomischen Entwicklung Rußlands verschließen und so den Zusammenbruch der Industrie und der Landwirtschaft beschleunigten.

Jetzt ist diese Seifenblase geplatzt. Unter dem Druck der Verhältnisse sehen sich die russischen Kommunisten gezwungen, das zu verwirklichen, was ihre Kritiker im Lager der Sozialdemokratie schon längst als wirtschaftliche Notwendigkeit bezeichnet haben. Aber auch in diesem Augenblick vermögen sich weder die russischen Kommunisten noch ihre deutschen Nachbeter zu dem Verständnis aufzuwinden, daß die Sowjet-Regierung mit ihren utopischen Maßnahmen und Experimenten die russische Wirtschaft zugrunde gerichtet und mit ihren wahrheitwidrigen Darstellungen einen abscheulichen Betrug an der gesamten internationalen Arbeiterklasse verübt haben.

Mobilmachung in Griechenland

A. H. Athen, 21. März. (Reuter.)

Die Jahrgänge 1913, 1914, 1915 sind unter die Waffen gerufen worden. Sobald die Mobilmachung bekannt wurde, fanden in der Stadt große Kundgebungen statt und es wurden Rufe: Es lebe Griechenland! Es lebe der Krieg! laut. Die Minister haben in einem Interdium erklärt, daß die militärischen Maßnahmen zum Ziele hätten, die Truppen an der Front zu verstärken. Griechenland wolle den Krieg nicht, sondern wünsche den Frieden, aber es werde sich bemühen, die Ausführung des Vertrages von Sèvres zu gewährleisten, damit die Befreiung von Anatolien herbeigeführt werde.

Abgesehen von den üblichen Thesen, wie sie bei keinem Kriegsabenteuer zu fehlen pflegen, erscheint es ziemlich belanglos, wenn sich Griechenland als Hüter des Vertrages von Sèvres aufwirft. Ueber das Befehlen oder die Abänderung dieses Vertrages entscheidet nicht die griechische Politik und nicht die griechischen Waffen, sondern England und Frankreich. Wenn Griechenland jetzt verläßt, durch eine energische Expedition gegen die türkischen Nationalisten keine Ausichten zu verbessern, die ihm in London geschmälert worden sind, so wird das wenig oder gar nichts nützen. Es wird am Ende doch in den lauren Apfel beißen müssen.

Pressererkot im neubehetzten Gebiet. Die rechtssozialistische „Volkstimme“ ist von der allierten Besatzungsbehörde auf 10 Tage verboten worden, weil sie ohne vorherige Genehmigung der Zensur die Mitteilung von der Besetzung des Bahnhofs handelt veröffentlicht hatte. Das Verbotungsverbot ist um so ungerechtfertigter, als die Nachricht tatsächlich utreffend war.

Wangel auf dem Trakonen. Der „Times“ wird aus Konstantinopel gemeldet, daß die französische Regierung General Wangel benachrichtigt hat, daß Frankreich nicht länger die Kosten der Unterhaltung seiner Armees tragen könne. General Wangel hält jedoch die Erfüllung seiner Armees für unangebracht. Er habe sich nunmehr an Mexiko gewandt, damit ihn von da die Geldmittel zur Aufrechterhaltung, wie er sagt, der letzten antibolschewistischen Armees, zur Verfügung gestellt werden.

Groß-Berlin

Jugendweihen!

Mit dem Ende dieses Monats verlassen zahlreiche Kinder die Schule. Diese Tatsache bedeutet für die davon Betroffenen einen wichtigen Wendepunkt in ihrem Leben. Viele müssen aus der Elternwohnung heraus in die Lehre oder in den Dienst und müssen den Kampf ums Dasein aufnehmen. In den meisten Fällen sind sie noch auf die Hilfe der Eltern angewiesen, bis sie auf eigenen Füßen stehen können. Für die bevorstehende Zeit sucht die Schule vorzubereiten und den Schlußstein vor dem Hinaustritt ins öffentliche Leben sucht die Kirche durch den Konfirmandenunterricht und durch die Einsegnung zu legen. Eltern, die mit der Kirche gebrochen haben oder andere, die die kirchliche Einsegnung längst für überflüssig halten, führen ihre Kinder der Jugendweihen zu, die von der Arbeiterschaft veranstaltet wird. Diese Jugendweihen hat sich immer mehr eingebürgert. Sie gibt den Kindern Kraft und Mut für ihr weiteres Leben und lehrt ihnen durch geeignete Vortragende, daß Solidarität die Eigenschaft ist, die gepflegt werden muß, entgegen dem so weit verbreiteten Egoismus. Am letzten Sonntag haben in Berlin und vielen Vororten solche Weihen für unsere die Schule verlassende Jugend stattgefunden. Würdig und weihenvoll war ihr Verlauf und viele Eltern, die früher die kirchliche Einsegnung aus altem Herkommen als unumgänglich notwendig hielten, sind heute anderer Meinung geworden.

Hoffen wir, daß die Worte, die an die Jugendlichen gerichtet wurden, beherzigt werden.

Aus Neutölln wird uns geschrieben:

Eine festlich gefeierte Menge füllte den Reizenraum der Neuen Welt bis auf den letzten Platz. Viele stehen. Harmoniumlänge. Die Kinder ziehen in den Saal. Ein künstlerisches Programm umrahmt die Feier. Das „Largo“ von Handel, vom Hopt-Exis meisterhaft gespielt, übt seine Wirkung aus. Fel. Dora Moran singt sich mit ihrem glänzenden Sopran in die Herzen der Zuhörer hinein. Der Arbeiter-Kinderchor singt unter Leitung von Herrn Caro seinen Schulbesuchenden einen Abschiedsgruß. Genosse Karl Schneider hält die Weihenrede. Schluß, aber eindrucksvoll. Sichtlich ergriffen lauschen die Tausende. Der Redner zieht Vergleiche zwischen der Frühjahrszeit und der Jugendzeit. Er leitet dann über zum Kampf für ein freies Menschtum und schließt mit der Aufforderung an die Kinder, so wie sie gemeinsam die Jahre hindurch auf der Schulbank gesessen, sich auch weiter zusammenzusetzen im Kampf für die Freiheit. Das Madrigal aus der „Sonate pathétique“ von Beethoven erfüllt noch einmal die Hörsaal mit andächtiger Weihenstimmung. Dann klingen helle Kinderstimmen durch den Saal: „Du wanderst in die Welt hinaus, auf dir noch fremden Wegen“. Das Proletariat muß lernen, Feste zu feiern. Hier war eine Feier, die allen Teilnehmern unvergänglich bleiben wird.

An unsere Postabonnenten!

Um jede Verzögerung in der Zustellung der „Freiheit“ an unsere Abonnenten zu vermeiden, bitten wir unsere bisherigen Postabonnenten, oder alle diejenigen Leser, die vom 1. April an die „Freiheit“ durch die Post beziehen wollen, umgehend das Abonnement für April resp. das zweite Quartal 1921 bei der zuständigen Postanstalt anzugeben.

Die „Freiheit“, Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, kostet 10 M. pro Monat.

Der Verlag.

Unsaubere Kampfweise

Von Genossen in den Betrieben werden uns Abonnementsaufforderungen der „Roten Fahne“ zugestellt, die in den letzten Tagen in Mengen verbreitet werden. Diese roten Zettel tragen folgenden Kopf:

„Deutsche Tageszeitung“ bis „Vorwärts“ und „Freiheit“ sind Organe der Arbeiterfront und Schwächlinge! Revolutionäre Arbeiter abonnieren die „Rote Fahne“.

Das Blatt, das zu dieser unsauberen Methode des Abonnentenlanges greift, kann sich sonst nicht genug tun an hochtadelnden Versicherungen, daß es die „Einheitsfront des Proletariats“ herstellen wolle. Wie es sich zu dieser Einheitsfront in Wirklichkeit stellt, zeigt, trotz der demagogischen Ausschmückung des „Offenen Briefes“, seine Verkoppelung der beiden sozialistischen Organe mit der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ der schlimmsten Arbeiterfeinde. Wie wenig kennen doch die Leute von der „Roten Fahne“ die wahre Gesinnung der Arbeitermassen, wenn sie glauben, mit solchen Methoden, die den Absichten jedes klassenbewußten Proletariats erwidern, neuen Anhang gewinnen zu können.

Der Mörder aus der Malplaquetstraße

Otto Knappe, der Mörder der Frau Weinhardt aus der Malplaquetstraße, wurde gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Während eines gestern von Kriminalkommissar Legtmeyer mit ihm angestellten Verhörs erklärte er im Gegensatz zu seinen früheren Aussagen, die Tat allein ausgeführt zu haben. Gleichzeitig gab er an, daß er einen Teil des geraubten Geldes und ein Schmuckstück in der Deckenverkleidung des Bodens des Hauses, in dem er gewohnt hat, versteckt habe. Tatsächlich fanden Beamte bald darauf an dem bezeichneten Ort die geluchten 3850 M. in barem Gelde und ein goldenes Herz. Knappe, der über keine Tat tiefe Reue bekennt, erklärt, nur die schwierigen Geldverhältnisse, in die er indirekt durch eine Freundin geraten sei, hätten ihn zum Begehen der schrecklichen Tat bewogen.

Mit der Übernahme der Berliner Feuerwehre beschäftigt sich am Montag ein Stadterordnungsaußschuß unter dem Vorsitz des Stadterordneten Obermeister Fialler. Der Ausschuß genehmigte einstimmig die Übernahme durch die Stadt zum 1. April. Der Ausschuß wird der Stadterordnetenversammlung empfehlen, die Kontratsvorlage anzunehmen, mit der Maßgabe, daß die vereinbarten Übernahmebedingungen nur für die in den städtischen Dienst über tretenden Beamten gelten.

Zur schnelleren Unterbringung der Reisenden auf dem Umsteigebahnhof Stralau-Kummelsburg werden an den Treppen des Vollringbahnsteiges (F) große Transparente angebracht, aus denen die auf diesem Bahnsteige ankommenden Reisenden ersicht werden können, auf welchem Bahnsteige der nächste Zug zur Stadtbahn abfährt. Die noch immer vorkommenden Unregelmäßigkeiten im Zugverkehr haben auf dem Bahnsteige größere Ansammlungen der Reisenden zur Folge, die nicht wissen, von welchem Bahnsteig der nächste Zug abfährt und dann, bei Eintreffen des Zuges im letzten Augenblick die zu dem betreffenden Bahnsteig hinabführende Treppe völlig verstopfen. Der neue Richtungsweiser steht mit dem Stellwerk in Verbindung, wo bei Bedienung der Signale gleichzeitig das betreffende Lichtsignal ausgelöst wird, aus dem die Reisenden den Bahnsteig ersicht, von dem der nächste Zug abfährt.

Ein größerer Einbruch-Diebstahl ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in der Abänderungswerkstatt der Kleiderwerke Baer Sohn in der Chausseestraße 29/30 erfolgt. In raffinierter Weise sind die Einbrecher über das Dach des an das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater angrenzenden Gebäudes gelangt, um von dort der Abänderungswerkstatt einen Besuch abzustatten. Die Einbrecher durchsuchten die Zimmerdecken und fanden in der Abänderungswerkstatt reichliche Beute gerade solcher Sachen, die von den Kunden zu den Feiertagen gekauft worden und an denen Abänderungen erforderlich gewesen sind. Die Kleiderwerke Baer Sohn bitten alle diejenigen Kunden, die Abänderungszettel besitzen, sich möglichst sofort und zwar in den Vormittagsstunden ins Geschäft zu bemühen, damit sie Gelegenheit haben, andere Sachen auszuliehen.

Von einem großen Brande wurde gestern die Berliner Löwenbräuererei, Abteilung 1 und 2 in Lichterfelde am Marienfelder Weg betroffen. Mittags fand dort der Dachstuhl der Brauerei in solcher Ausdehnung in Flammen, daß die benachbarten Feuerwehren von Lichterfelde, Pantow usw. längere Zeit tüchtig löschen mußten, um den Brand zu lokalisieren. Der Dachstuhl war aber nicht mehr zu retten; er brannte nieder. Die Entschädigung war nicht aufzuklären. Der Schaden ist ganz bedeutend.

13. Verwaltungsbereich (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichterfelde). Ueber die Vorgänge bei der Wahl des Bezirksamtes löst sich der „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Unsaubere Praktiken“ einen Artikel, der für jeden Eingeweihten erkennen läßt, wie faul es um die Sache der Rechtssozialisten bestellt sein muß, wenn sie zu solchen Betrugskunststücken greifen müssen. Es muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß die Rechtssozialisten die Verhandlungen zwischen den sozialistischen Fraktionen verleiht und es stets, trotz wiederholter Anpreisungen durch uns, abgelehnt haben, über die Besetzung der Bürgermeisterposten wie

der anderen besetzten Posten zu reden. Sie sind erst in der ersten Sitzung des Wahlausschusses mit dem Namen ihres Kandidaten Groß-Lichterfelde hervorgekommen, obwohl sie wußten, daß wir als stärkere Fraktion Anspruch auf den Bürgermeisterposten erhoben. Wir haben in dieser Wahlausschusssitzung, nachdem die S. P. D.-Vertreter ihren Kandidaten Groß genannt haben, unseren Genossen Richter in Vorschlag gebracht. Der „Vorwärts“ Jesuit dreht die Sache um und schreibt, daß die S. P. D. den von uns präsentierten Genossen Richter aus bestimmten Gründen ablehnte. „Sie, d. h. also die S. P. D., schlagen u. n. m. e. r. den Genossen Groß-Lichterfelde als Bürgermeister vor.“ Der „Vorwärts“ Jesuit schreibt weiter, daß die Unabhängigen „ein ähnliches Spiel“ bei der Besetzung des Schulratspostens trieben, „erst schlugen sie den Rektor Kuchendeker, dann unseren Genossen, Lehrer Wittbauer, vor und schließlich wählen sie den Bürgerlichen Scheske“. Wie die bösen Unabhängigen auf den Namen Scheske als Gegenkandidaten unseres Genossen Richter gekommen sein sollen, wird wohl ewig das Geheimnis des „Vorwärts“-Jesuiten sein. Wenn bei dem Wahlgang, in welchem zwei rechtssozialistische Bezirksverordnete Dr. Scheske zum Siege über unseren Genossen Richter verhalfen, welche Stimmzettel abgegeben worden wären, dann hätten die Rechtssozialisten es leichter, die Schuld für die Wahl des bürgerlichen Schulrats Dr. Scheske von sich abzumäßen. Es muß noch einmal festgesetzt werden, daß weder die U. S. P. D., noch die K. K. P. D. von dem Inhalt des Abkommens zwischen der S. P. D. und den Bürgerlichen vorher unterrichtet worden ist und daß es für jeden Normale denkenden schon deshalb klar ist, daß die beiden fraglichen Stimmzettel für Dr. Scheske nur von der S. P. D. abgegeben worden sein konnten. Scheske ist neben vielen anderen bürgerlichen Kandidaten im Wahlausschuh genannt worden, aber niemals als Gegenkandidat zu Richter und nach den Verhandlungen im Wahlausschuh hätte er überhaupt keine Aussicht gehabt, gewählt zu werden, da er nur der Kandidat der drei Köpfe starken Demokraten war. Den Gipfel der Verdrehungskunst erreicht der „Vorwärts“ mit dem Sage: „Die Wahrheitsliebe dieser Unabhängigen wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß sie in einer Ausschusssitzung auf Anfrage der Bürgerlichen erklärten, niemals im Ernst daran bedacht zu haben, ihre Genossen Leib oder Bogtherr als Bürgermeister in Vorschlag zu bringen, sie hätten vielmehr nur auf den Busch klopfen wollen.“ In der Wahlausschusssitzung kam unser Genosse auf einen Artikel der „Mariendorfer Zeitung“ vom 22. Januar 1921 mit der Ueberschrift „Reichstagsabgeordneter Bogtherr, Bürgermeisterkandidat für den 13. Bezirk“ zu sprechen. In diesem wird zunächst wahrheitsgemäß mitgeteilt, daß die U. S. P. D. von der Kandidatur des Genossen Leib abgehen mußte, da Leib begründete Aussicht hat, in einem anderen Bezirk gewählt zu werden. Dann heißt es aber weiter, daß seitens der U. S. P. D. die Kandidatur Bogtherr's erörtert wird. Unsere Genossen haben es für unnötig gehalten, diese aus der Luft gegriffene Behauptung zu widerlegen. Unser Sprecher im Wahlausschuh brachte als seine Meinung zum Ausdruck, daß dieser Artikel von den Gegnern der U. S. P. D. in die Zeitung lanciert wurde, um nach dem Austritt Leibs den derzeitigen Kandidaten der U. S. P. D. zu erforschen. Er äußerte mitleidlich, daß die Gegner ohne Glück verfuhr haben, bei der U. S. P. D. auf den Busch zu klopfen. Die Bürgerlichen, welche im 13. Bezirk geistig nicht so schwerfällig sind wie die S. P. D., haben unseren Genossen richtig verstanden, denn ihr Sprecher gab sofort die Erklärung ab, daß sie dem Artikel fernstehen und nicht auf den Busch geklopft haben. Der S. P. D.-Berichterstatter muß wohl selbst ein sehr unreines Gewissen wegen der Wahl Scheske haben, wenn er zu derartigen Fälschungen greifen muß, um die Situation zu verbessern. Niemand, außer einigen Mitgliedern der rechtssozialistischen Partei, wird die Behauptungen des „Vorwärts“ für wahr halten. In der gestrigen Bezirksversammlung wurden diese Dinge noch einmal zur Sprache gebracht und der Sprecher der S. P. D., Ewald, wird wohl den Eindruck mit nach Hause genommen haben, daß außer allen anderen Parteien auch viele Mitglieder seiner eigenen Partei seine Behauptungen ablehnen.

Die Ehrung der Märzopfer in Adlershof fand am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung statt. Alle drei sozialistischen Parteien waren vertreten, sie trübten in imposanten Zügen nach dem Friedhofe, wo die Gemeinde Adlershof den von einer wildgewordenen Soldateska Gemordeten einen einfachen Denkstein gesetzt hatte. Am Grabe sprachen Waldemar Manasse, die A. P. D. hatte besonders Aufmerksamkeit genommen und auch einen eigenen Redner in Ralph Hoffmann gesendet, da sie mit dem Vorschlag, eine einheitliche Demonstration zu veranstalten, nicht einverstanden waren. Die Demonstration verlief würdig und schlicht.

Auch in Köpenick wurde eine Gedächtnisfeier abgehalten. Das Gewerkschaftslokale war verankert. Auf dem Wilhelmplatz wurden Ansprachen gehalten. Die Gesangereine umrahmte die Feier mit dem Absingen einiger Lieder. Auf dem Friedhofe wurden an den Gräbern der Gemordeten Kränze niedergelegt.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertrugen von Hermann Jurek Berlin Copyright by Der Volk-Verlag Berlin-Göttingen 1921

©. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

12.

Peter wartete, bis die Dunkelheit kam, dies schmeichelte seinem Sinn für Romantik; — auch erfreute er seine Eitelkeit, indem er sich vorzüglich nach allen Seiten umschaute, da er die Straße entlangschritt. Er wußte nicht recht, wer ihn eigentlich beobachten sollte, da er jedoch ein Spieghel war, wollte er sich auch spiegelhaft benehmen.

Außerdem qualte ihn echte Sorge. Er hatte die Wahrheit gesprochen, da er Guffen erklärte, er wisse nicht, was ein Roter sei; seitdem jedoch hatte er darüber Erkundigungen eingezogen und wußte es nun. Ein Roter war ein Mensch, der mit Organisationen und Streiks sympathisierte der die Reichen ermordet und ihren Besitz aufteilen wollte und Dynamit, als das raschest wirkende Mittel, für das geeignetste hierzu hielt. Alle Roten verfertigten Bomben, tragen verborgenen Waffen bei sich, vielleicht auch Gifte — wer kann es wissen? Und jetzt geht Peter unter sie, soll einer der ihnen werden. Es war fast zu interessant für einen Menschen, der vor allem die Bequemlichkeit liebte. Etwas in ihm flüsterte: „Weshalb nicht entfliehen, die Stadt verlassen, der ganzen Sache ein Ende machen?“ Dann jedoch dachte er an die Belohnungen und Würden, die ihm Guffen versprochen hatte. Uebrigens empfand er auch echte Reugierde. Fliehen konnte er immer noch, doch wollte er zuerst das Leben eines Spieghels austreten.

Er erreichte die Nummer, die ihm angegeben worden war, ein winziges Haus in einem ärmlichen Viertel, und läutete an der Tür. Ein Mädchen öffnete, und Peter erkannte sogleich, es sei das Mädchen, das ihm am Nachmittage angesprochen hatte. Sie wartete kein Wort von ihm ab, rief impulsiv: „O, Herr Judge! Ich bin so froh, daß Sie gekommen sind!“ Dann fügte sie leiser „Genosse“ hinzu, als ob Peter ein bewährter Freund wäre, fragte aber auch schier im gleichen Atemzug: „Sie sind doch ein Genosse?“

„Wie meinen Sie das?“ fragte Peter.

„Sind Sie nicht Sozialist? Wir werden Sie schon dazu machen.“ Sie führte ihn in ein Zimmer, rückte einen Stuhl zurecht, jagend: „Ich weiß, was man Ihnen angeht hat und

wie Sie alles erduldet haben. Sie waren wundervoll — wundervoll!“

Peter suchte vergeblich nach Worten. Des Mädchens Stimme klang nicht nur bewundernd, sondern auch zärtlich, und Peter hatte in seinem harten Leben wenig mit derartigen Gefühlen zu tun gehabt. Wohl hatte er das Rollen und Aleren kokettierender Mädchen beobachtet, aber dieses Mädchen kokettierte nicht. Ihre Stimme war weich, schier etwas zu ernst für ein junges Ding, ihre tiefstehenden wehmütigen grauen Augen ruhten auf Peter mit der liebenden Sorge einer Mutter, deren Kind eben einer Gefahr entronnen ist.

Sie rief: „Sadie, Herr Judge ist gekommen.“ Und ein zweites Mädchen, älter, höher gewachsen, doch ebenso mager und blaß wie die Schwester, betrat das Zimmer. Die Mädchen hießen Jennie und Sadie Todd, die ältere war Stenographin, erhielt die Familie. Beide Mädchen schienen äußerst erregt. Sie begannen Peter nach seinen Erlebnissen zu befragen, doch hatten sie kaum etliche Minuten gesprochen, als die ältere schon ans Telephon eilte. Einige Personen, gewichtige Personen, mußten sofort mit Peter sprechen, hatten geheien, gleich von seiner Ankunft verständigt zu werden. Das Mädchen verbrachte geraume Zeit am Telephon, und die Leute, mit denen sie sprach, mußten ihrerseits auch noch Stunden stutete unentwegt ein Menschenstrom ins Zimmer, und Peter mußte seine Geschichte wieder und wieder erzählen.

Als erster erschien ein riesenhafter Mann mit hartem Mund und einer so gewaltigen Stimme, daß Peter erschrak. Es wunderte ihm keineswegs, da er erfuhr, dieser Mann sei der Führer der radikalsten Gewerkschaft der Stadt — der der Matrosen. Ja das war der richtige Rote, er entsprach völlig Peters Vorstellung — ein grimmiger, gefährlicher Mensch, den man ordentlich in der Rolle des Samson sah, wie er die Säulen der Gesellschaft ergrast und niederreißt. „Man hat Ihnen Angst eingejagt, mein Junge“, sagte er, bemerkend, wie zögernd und stoßend Peter auf seine Fragen antwortete. „Nun, mir sagen Sie seit fünfundsiebzig Jahren Angst ein, ich lasse es mir bloß nicht anmerken.“ Um Peter zu erheitern und seine Nerven zu beruhigen, erzählte er ihm, wie er, als desertierender Matrose, durch die Wälder von Florida mit Hundstuden gekehrt und schließlich an einen Baum gebunden und halb tot geschlagen worden war.

Dann kam David Andrews, von dem Peter wußte, daß er einer der Advokaten im Prozeß Goeder sei, ein hochgewachsener, vornehm aussehender Mann mit scharfen, klugen Zügen. Was tat dieser Mensch hier unter den Ausgestoßenen? Peter glaubte, der Advokat gehöre wohl zu den Ge-

riebenen, die durch Aufhebung zur Unzufriedenheit Geld machen. Nach ihm erschien ein junges Mädchen, zart, empfindsam und etwas verkrüppelt. Da sie das Zimmer durchschritt, um Peter die Hand zu reichen, rollten ihr Tränen über die Wangen, und Peter verharrete etwas verlegen, fragte sich, ob sie wohl gerade einen nahen Anverwandten verloren habe und ob er ihr sein Beileid aussprechen müsse. Doch erfuhr er zu seiner größten Bestürzung aus ihren ersten Worten, daß sie von der Geschichte seiner Leiden bis zu Tränen gerührt worden sei.

Diese Ada Ruth war eine Dichterin, und für Peter ein neuer Typus. Nachdem er sich über sie den Kopf zerbrochen hatte, kam er zu der Folgerung, sie sei eine der Betroffenen der Bewegung — ein armes, sentimentales, kleines Kind, das nicht ahnt, in welcher verbrecherischen Umgebung es sich befindet. Mit ihr kam ein junger Quäker mit blassem, affektlösem Gesicht und schwarzen, in die Augen hängenden Locken; er trug eine Windsor-Krawatte und einen schwarzen Filzhut, sowie andere Zeichen der Erzentritalität. Aus seinen Reden entnahm Peter, der junge Quäker sei bereit, im Interesse des Pazifismus alle Regierungen der Welt in die Luft zu sprengen. Das Gleiche galt auch von Wc. Cormick, einem der I. U. W.-Führer (Industrie-Arbeiter der Welt), der eben ledig im Zuchthaus gefessen hatte, einem schweigensamen jungen Irlander mit zusammengekniffenen Lippen und ruheloßen schwarzen Augen, der Peter Unbehagen verursachte, indem er ihn stumm und forschend betrachtete.

13.

Und immer noch kamen Leute, einzeln und in Gruppen, alte und junge Frauen, alte und junge Männer, Fanatiker und Träumer, Agitatoren, die nicht den Mund zu öffnen vermochten, ohne daß ihm weißglühende Worte entströmten, lobende Leidenschaft veratend. Peter fühlte sich immer unbehaglicher, da er erkannte, er befände sich unter den allergefährlichsten Roten von American-City. Dies waren die Menschen, die von den ordnungsliebenden Bürgern gefürchtet wurden, die der Polizei mehr Sorgen verursachten, als alle gewöhnlichen Einbrecher und Banditen zusammen. Peter erkannte nun auch die Ursache derartigen Gefühle. Er hatte nicht geahnt, daß es auf der Welt so zorn- und hasserquälte Leute gebe. Derartige Menschen waren zu allem fähig! Peter sah steif auf seinem Stuhl, seine Blicke wanderten ruhelos von einem zum andern. Welcher von diesen Menschen hatte die Bombe geworfen? Würden sie heute abend damit prahlen?

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit

Die Berliner Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hatte zum gestrigen Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, die zu wichtigen Fragen Stellung nehmen sollte. In erster Linie sollte über die Neuordnung des Arbeitsnachweises gesprochen werden. Diese Frage ist insofern brennend, weil das bisherige Arbeitsnachweisverhältnis zum 1. April d. J. gelöst worden ist. Die Ortsverwaltung glaubte in einer so wichtigen Angelegenheit keine Entscheidung treffen zu können, ohne die Generalversammlung zu hören. Das gleiche traf auf die Erledigung des zweiten Punktes der Tagesordnung, Stellungnahme zum Tarif-Rahmenabkommen zu, da in dem Rahmenabkommen die Urlaubsfrage der Metallarbeiter berührt wird. Wenn nun die Verwaltung glaube, diese Arbeiten, die im Interesse der gesamten Berliner Mitgliedschaft dringend gelöst werden muß, erledigen zu können, so hätte sie ihre Rechnung ohne die Kommunisten gemacht. Die Kommunisten unter Führung Richard Müllers und Oskar Ruch haben es fertig gebracht, die Generalversammlung, die über 4 Stunden tagte, mit Geschäftsordnungsbedenken auszufüllen. Ueber Schlusstränge mußte Stimmzettelfestimmung vorgenommen werden, weil die Abstimmung von den Kommunisten angezwungen wurde.

Die Kommunisten hielten es für notwendig, die Generalversammlung mit Anträgen zu überschütten. In erster Linie verlangten sie, daß die Generalversammlung sich selbst ausschalten soll, da die Verwaltung bei der Bormahme der Delegiertenwahlen angeblich das Ortsstatut verletzt haben soll. Darüber hinaus sollte die Generalversammlung, trotzdem sie nach Meinung der Kommunisten keine Machtbefugnisse hat, allerlei Beschlüsse fassen. In erster Linie verlangten die Kommunisten, daß der Ortsverwaltung ein Mißtrauensvotum ausgesprochen wird.

Der Bevollmächtigte Ziska legte in ruhigen, sachlichen Ausführungen der Generalversammlung die Haltung der Ortsverwaltung zu den aufgeworfenen Fragen dar. Es war ihm ein Leichtes, zu beweisen, daß die Ortsverwaltung nicht nur die Bestimmungen des Statuts, sondern auch darüber hinaus den Wünschen sämtlicher Mitglieder Rechnung getragen hat, soweit dies im Rahmen des Statuts möglich war. R. Müller und O. Ruch versuchten aber trotzdem, die Verwaltung heranzureißen. Die Abstimmung über die kommunistischen Entwürfe hat ergeben, daß die Kommunisten für ihre Zwecke keine Mehrheit aufbringen konnten. Durch ihr widerliches Treiben, durch ihre gewerkschaftsverstörende Heftigkeit haben sie einen Teil ihrer bisherigen Anhänger in der Generalversammlung von sich abgestoßen. Mit 247 gegen 237 Stimmen hat die Generalversammlung entschieden, daß die Haltung der Ortsverwaltung sich auf dem Boden des Statuts bewegt, also völlig einwandfrei ist. Die Generalversammlung hat mit ihrer Abstimmung zum Ausdruck gebracht, daß die vorgenommenen Delegiertenwahlen von der Ortsverwaltung ordnungsmäßig vorgenommen worden sind.

Die R. Müller und O. Ruch haben erneut gezeigt, daß sie unter allen Umständen jede sachliche Arbeit innerhalb der Gewerkschaft verhindern wollen. Aufgabe der Mitglieder wird es sein, diesem gefährlichen Treiben ein Ende zu machen.

Kommunistenjagd im Landarbeiter-Verband

Uns wird geschrieben: Die „Rote Fahne“ ist durch die von uns gebrachte Feststellung der Ungehorsamkeit ihrer Meldung vom 10. d. M., nach welcher der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes ein der Orts-

gruppe Köbel angehörendes Mitglied wegen seiner Kandidatur auf der Liste der R. K. P. D. zum Mecklenburgischen Landtag aus der Organisation ausgeschlossen und danach der sich mit dem Mitglied solidarisch erklärenden Ortsgruppe den Gesamtausschluß angedroht habe, in eine sehr peinliche Lage versetzt worden. Um bei ihren Leibern jedoch keine Zweifel an ihrer „wahrheitsgetreuen“ und „unverfälschten“ Berichterstattung erheben zu lassen, bemüht sie sich in ihrer Nummer 127 vom 17. 1. den Sachverhalt in anderer Form glaubwürdiger zu formulieren. In ihrer ersten Meldung heißt es die Angelegenheit so dar, daß der Verbandsvorstand einen Angehörigen aus dem genannten Grunde ausgeschlossen und der Ortsgruppe wegen ihrer Solidaritätserklärung mit demselben den Gesamtausschluß angedroht hat. Jetzt wird berichtet, der Verbandsvorstand habe dem zuständigen Kreisleiter den Auftrag erteilt, einem Mitglied den vollzogenen Ausschluß zu unterbreiten. Als sich die Ortsgruppe mit demselben solidarisch erklärte, sei gelagt worden: „Ihr werdet ja sehen, dann wird die ganze Ortsgruppe rausfliegen.“ Wenn jetzt gesagt wird, der Kreisleiter sei beauftragt gewesen, einem Mitglied den Ausschluß mitzuteilen, so zeugt dies von einer glatten Unkenntnis der organisatorischen Gepflogenheiten innerhalb des Deutschen Landarbeiterverbandes. Nach der in demselben bestehenden Regelung werden Ausschließungen zuerst dem zuständigen Gauleiter zur Kenntnis gebracht, der sie dann den in Frage kommenden Mitgliedern hieslich mitzuteilen hat. Demzufolge schaltet die Inanspruchnahme eines Kreisleiters für diesen Zweck vollkommen aus. Was die Sache als solche anbetrifft, sei wiederholt festgestellt, daß sich der Verbandsvorstand seit dem Bestehen der Ortsgruppe Köbel noch nie mit dem Ausschluß eines ihr angehörenden Mitgliedes beschäftigt hat. Für den Ausspruch eines Funktionärs, wie den oben erwähnten, die gesamte Organisation verantwortlich zu machen, ist einfach eine Kindlichkeit. Die angeblich standeslose Tatsache bleibt nach wie vor als Entsetzliches, an der auch wiederholte „Feststellungen“ der „Roten Fahne“ nichts ändern können.

U.S.P. Holzarbeiter

Dienstag, den 22. März 1921, abends 6 Uhr, Versammlungen in folgenden Lokalen:

Für sämtliche Ostbezirke bei Kohlens, Vorhagenstr. 17; für die Bezirke Norden, Weihensee, Gesundbrunnen, Wedding und Branche der Modellstecher bei Püttner, Schwedterstr. 23; für die Bezirke Süden, Südwesten, Sieglitz und Charlottenburg bei Klein, Halenheide 89; für die Bezirke Neukölln und Oberhörnweide in der „Idealpassage“, Neutolln, Reichsstr. 8; für den Bezirk Südosten, Stodarbeiter, Berggolder, Musikinstrumentenarbeiter, Kamm-, Haarjuchmud- und Knopfmacher, bei Marcinkowski, Michaelstr. 24.

Die arbeitslosen Kollegen und alle übrigen Branchen versammeln sich in einem der ihnen nächstgelegenen Lokale obiger Bezirke. Jeder Betrieb muß vertreten sein! Tagesordnung: Urmahlen im Holzarbeiterverband. Kollegen seid Euch Eurer Pflicht bewußt und rüffelt die Säumigen auf, keiner darf fehlen! Der Fraktionsvorsitz.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Am Mittwoch, 16., fand im Gewerkschaftshaus die erste Vollversammlung des Berliner gewerkschaftlichen Jugendkartells statt. Von fast allen freien Gewerkschaften, die überhaupt Jugendliche in ihren Reihen haben, waren Vertreter erschienen. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Arbeitsprogramm, nach dem das Kartell arbeiten soll. Zwei Referate wurden über den wirtschaftlichen Teil, sowie über den Agitations- und Bildungsabschnitt dieses Programms gehalten. Die Versammlung nahm das vorgelegte Programm nach längerer Aussprache un verändert an. Zum Schluß wurde auf der Grundlage einer Gruppeneinteilung von 6 Gruppen je ein Vertreter in den geschäftsführenden Ausschuß des Kar-

tells gewählt. Danach leitete sich der geschäftsführende Ausschuß des Jugendkartells wie folgt zusammen: Dr. Löwenberg (Zentralverband der Angestellten); Kirchner (Bauarbeiter-Verband); Großkopf (Graphisches Gewerbe); Meißner (Metallarbeiterverband); Perlmann (Transportarbeiterverband); Grätzsch (Bäderverband). So ist nun das gewerkschaftliche Jugendkartell arbeitsfähig geworden und wir werden wohl bald mehr von ihm hören. Es ist zu hoffen, daß das Jugendkartell als ein Teil der Berliner Gewerkschaftsbewegung ein wichtiger Faktor in den Kämpfen für die Befreiung der Jugend werden wird. Für die Gewerkschaftskommission.

„Unparteilichkeit“ vor dem Schlichtungsausschuss

In einer Streifschade des Zentralverbandes der Angestellten gegen den Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels sollten unter anderem auf Arbeitnehmerseite als Beisitzer zwei Gewerkschaftssekretäre tätig sein. — Auf Arbeitgeberseite befand sich ein Sekretär des Verbandes Berliner Metallindustrieller als Beisitzer. Vom Vertreter des Groß-Berliner Arbeitgeberverbandes des Großhandels wurden die Arbeitnehmerbeisitzer, soweit sie Gewerkschaftssekretäre sind, wegen Besorgnis abgelehnt. Daraufhin wurde vom Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten der oben genannte Arbeitnehmerbeisitzer mit der gleichen Motivierung abgelehnt. Der unparteiliche Vorsitzende, Herr Amisgerichtsrat Dr. Toll, verfügte folgenden Beschlus: „Der Antrag, die Arbeitnehmerbeisitzer (Gewerkschaftssekretäre) wegen Besorgnis abzulehnen, ist begründet. Ein Ablehnungsgrund bezüglich des Arbeitgeberbeisitzers (Arbeitgeberverbandessekretär) liegt nicht vor.“ Dieser Beschlus muß das Recht empfinden der Angestellten auf das Beste verfechten. Wenn die Gewerkschaftssekretäre abgelehnt werden, dann dürfen konsequenterweise auch die Syndikats- und Angestellten der Arbeitgeberverbände nicht zugelassen werden. Man braucht einer solchen Auffassung nicht beitreten, aber immerhin kann man sie respektieren. Dagegen zeigt der oben erwähnte Beschlus, mit welcher „Unparteilichkeit“ mancher unparteiliche Vorsitzende ans Werk geht, die Interessen der Angestellten zu schädigen.

Klavierarbeiter-Versammlung Dienstag, 5 Uhr, im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147.

Jahresversammlung der Handelsarbeiter. In einer von der Sektion 1 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes einberufenen Delegiertenversammlung gab der Sektionsleiter Wolter einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung und der vorjährigen Tarifabschlüsse. Danach waren 6841 Betriebsanstaltungen (Versammlungen und Verhandlungen) notwendig, um allen Anforderungen gewerkschaftlicher Arbeit gerecht zu werden. Die intensive und aufopferungsvolle Tätigkeit klassenbewußter Kollegen und Funktionäre war nicht vergeblich. 14154 Berufskollegen konnten der Organisation neu zugeführt werden; die Zahl der Mitglieder stieg von 29807 auf 39808. Viele Mitglieder der sozialistischen Arbeiterbewegung zu erhalten, sie zu zielbewußten Kampfkraften zu erziehen, muß eine der vornehmsten Aufgaben aller Funktionäre sein. An Lohnbewegungen war die Sektion in 196 Fällen mit 9164 Betrieben und 128 379 Betriebsangehörigen beteiligt. Im Laufe des Berichtsjahres konnten in allen Branchen 3—4 Lohnbewegungen mit nennenswerten Erfolgen durchgeführt werden. Im Einzelhandel war es möglich, einen Einheitszettel, der allgemein verbindlich ist, zu schaffen, während für die übrigen Gruppen neben vielen Haustarifen 37 Kollektivverträge abgeschlossen werden mußten. Für das neue Geschäftsjahr wurden zum 1. Sektionsleiter D. Wolter, zum 2. Sektionsleiter F. Bollmeier, zum 1. und 2. Schriftführer W. Schacht und E. Thieme gewählt. Als Mitglieder der engeren Ortsverwaltung wurden die Kollegen E. Kroll, F. Ludow, H. Sehner und K. Stein der Generalversammlung zur Wahl empfohlen.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kahold, Berlin. Verantwortlich für den Vertriebsdienst: Ludwig Kometzner, Berlin. — Zeitungsgewerkschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck des „Freiheit“, Brudersstr. 6, m. b. H., Berlin S. 2, Breite Straße 8/9.

Die neu eingetroffene große Sendung vorzüglicher aromatischer Orienttabake wird ausschließlich zur Herstellung unserer beiden beliebten 40 Pfg. Zigaretten **ABBAS** und **DIVA** (GOLD) (o/M) verwendet!

MANOLI
BERLIN



Die besten
40 Pfg
Zigaretten



